**PRESSEMITTEILUNG**

06.11.2022

# Scheerer: Entscheidung zur Verlegung von Christoph 41 zeigt Arroganz der Macht im Innenministerium

**Es wird ein Rettungshubschrauber in Baden-Württemberg verlegt und das ist der aus Leonberg. Das ist die unmissverständliche Ansage von Staatssekretär Wilfried Klenk aus dem Innenministerium in einem Zeitungsinterview vom 04.11.2022. Aller Kritik aus Leonberg zum Trotz will das Innenministerium damit die Empfehlungen aus dem Gutachten zur Neuordnung der Luftrettung umsetzen, Unterstützung erhält er von den lokalen Abgeordneten Sabine Kurtz (CDU) und Peter Seimer (Grüne). Der FDP-Abgeordnete Hans Dieter Scheerer aus Weil der Stadt, der sich bis zuletzt für einen Verbleib von Christoph 41 eingesetzt hat, kann diese Entscheidung und die Art in der sie vorgetragen wird nicht verstehen.**

„Die Aussagen von Staatssekretär Klenk sind doch beachtlich in ihrer Schärfe und ihrem Inhalt“, kommentiert Scheerer. „Nach eigener Aussage habe er mehr Ahnung vom Rettungswesen als alle anderen, also auch als alle Betroffenen und Experten vor Ort im Kreis Böblingen und in Leonberg, wie der Landrat, Oberbürgermeister, die Crew des Rettungshubschraubers, das DRK oder THW. Das ist schlichtweg dreist, vor allem wenn man der Bevölkerung jegliche Ahnung abspricht. Zumal der Präsident des DRK im Kreis Böblingen, Michael Steindorfner, selbst Ministerialdirektor im Justizministerium war. Aber das passt ins Bild der von Anfang an komplett intransparenten Entscheidungsfindung um Christoph 41, die keinesfalls zu der angeblichen Politik des Gehörtwerdens, die sich die Landesregierung gerne auf die Fahne schreibt, passt.“

Laut Scheerer sollte sich Politik aber gerade um die Interessen der Menschen kümmern und sich mit ihren Bedenken und Sorgen auseindersetzen: „Nach meinem Kenntnisstand war Herr Klenk nicht ein einziges Mal vor Ort in Leonberg um sich die Sorgen der Menschen anzuhören und sich ein Bild von der Situation zu machen. Meine Abgeordnetenkollegen aus dem Wahlkreis haben sich ähnlich bedeckt gehalten und am Ende wohl weniger im Sinne der Region Leonberg als entsprechend der grün-schwarzen Regierungslinie gehandelt. Demnach trifft man Entscheidungen in dieser Landesregierung wohl nicht im Diskurs mit den Menschen vor Ort, sondern aus den stillen Regierungskammern in Stuttgart heraus auf Basis eines Gutachtens, das ohne Zweifel Mängel aufweist und nicht dem aktuellen Sachstand entspricht.“

Scheerer zeigt sich konsterniert. Der Landesregierung habe nach seiner Einschätzung zu keinem Zeitpunkt ein Interesse an einem wirklichen fachlichen Austausch zu Sache gehabt oder den vielen Argumenten für einen Verbleib von Christoph 41 in Leonberg eine Chance gegeben. „Ich und meine Kollegen der FDP-Fraktion im Landtag haben den Menschen zugehört und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln versucht die Entscheidung zu Gunsten des Luftrettungsstandorts Leonberg zu beeinflussen. Zuletzt kam sogar ein 24-Stundenbetrieb und Nachtflüge ins Gespräch. Grüne und CDU und am Ende das Innenministerium um Staatssekretär Klenk haben aber von Anfang an nur blockiert und unsere Argumente nicht angehört. Sehr schade um die Luftrettungsstation in Leonberg und das viele Geld, dass der Bau einer neuen Station auf der Schwäbischen Alb und die Verlegung des Rettungshubschraubers kosten wird. Das wird der selbsternannte Rettungsexperte Klenk dann aber verantworten und mittragen müssen“, sagt Scheerer.